

Adressendient

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 Mm. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 13. Mai 1931

Nummer 38

Der Kapitalismus am Scheideweg

Es sind gerade keine tiefgründigen neuen Gedanken, die ein Großindustrieller, der sich Heinz Dietrich nennt, in einer bei Hans Odenburg (Lübeck) erschienenen Schrift „Der Kapitalismus am Scheideweg“ vorträgt. Aber es ist nicht das selbe, ob Arbeiter und Angestellte an der Richtigkeit der heutigen privatkapitalistischen Handlungs- und Wirtschaftsweisen zu zweifeln beginnen oder ob Unternehmer und Wirtschaftsleiter selbst sich fragen: „Muß die Wirtschaft neue Wege der Entwicklung einschlagen, steht sie an einem Scheideweg?“ Man zweifelt also daran, ob man noch auf dem richtigen Weg ist. Und solcher Zweifel ist in unserer Zeit der grauigsten Arbeitslosigkeit, die es je gab, wohl verständlich. Wenn Zweifel dazu führen, ehrlich und gründlich zu untersuchen, wie wirklich die Verhältnisse liegen, wo Fehler und Mängel bestehen, die beseitigt werden müssen, können sie den Anfang einer Besserung und Gesundung bedeuten. Inzwischen: „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer“. Aber haben nicht in andern großen Wirtschaftsstaaten, so besonders in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, auch führende Männer ähnliche Zweifel in die Richtigkeit der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweisen gesetzt? Erwägt man nicht in Unternehmertum, sowohl ausländischen als auch deutschen, die Notwendigkeit und die Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit durch bedeutende Verkürzung der Arbeitszeiten zu überwinden oder doch wesentlich zu mildern? Ist der alte Glaubenssatz „Länger und mehr arbeiten und weniger verbrauchen“, der vor einigen Jahren noch allgemein von der Unternehmerschaft betont wurde, heute noch irgendwo zu hören? Darf in der gegenwärtigen Zeit engster und vielseitigster weltwirtschaftlicher Verflechtungen noch jemand wünschen, daß ein unterdrücktes Volk „sich wieder großhungert“, daß es schütet für andre und sich selbst alle Unnehmlichkeiten der Kultur versagt? Wollen nicht alle Völker von ihrem Überfluß verkaufen? Schaffen sie dadurch nicht erst Arbeit? Und kann durch Arbeit der Natur nicht immer mehr an Schätzen abgewonnen werden? Kann nicht durch gegenseitige Unterfertigung und gegenseitigen Ausgleich der Kräfte und Werte am besten die Gesamtkultur der Menschheit gehoben werden? Müßten nicht die weltwirtschaftlichen Vorgänge des Erzeugens und Austauschens von Dingen und Gütern ins Stocken und in Unordnung geraten, wenn in der weltwirtschaftlichen Einheit Stellen der vollständigen Verzerrung entstehen, wie es jetzt durch die kurzfristigen sogenannten Friebsverträge eingetreten ist? Darf die Wirtschaft eines Landes oder die der Welt gegen die naturgesetzliche Zweckmäßigkeit der Kräfte verkümmern, wenn sie gesund und leistungsfähig bleiben will? Solche Fragen und noch viele ähnliche werden in letzter Zeit immer allgemeiner erhoben. Man fängt an, im großen und im kleinen tiefer zu schürfen, um die wahren Ursachen der heutigen Notzustände zu erkennen. Und das ist gut.

Wenn in Deutschland 4 Millionen Arbeitslose vorhanden sind, sagt der Verfasser der Schrift „Der Kapitalismus am Scheideweg“, dann bedeutet das einen jährlichen Lohn- und Gehaltsausfall von ungefähr 10 Milliarden Mark. Das schwächt natürlich die Kaufkraft ganz gewaltig, nicht nur die Inlandkaufkraft, sondern auch die Weltkaufkraft, denn es werden ja von 4 Millionen Menschen — inzwischen waren es bereits 5 Millionen geworden — keine Werte erzeugt, die mit andern Werten ausgetauscht werden können. Das Leben pulst im kleinen und im großen langsamer, als wenn genügend Arbeit vorhanden ist. Der Verfasser sagt, daß die deutschen Steuern und sonstigen Lasten und die Zinsen zu hoch seien und daß unglückliche Handelsverträge die Ausfuhr erschweren. Der Reichs- und Länderverwaltungsapparat verschlinge zu viel Geld. Das ist teilweise richtig und mit einer Lenkungsursache. Wichtig ist auch, daß die Reparationslasten unträglich hoch sind. Es gilt also, eine wirklich an die Wurzeln der Dinge kommende Weisheit, Staats- und Verwaltungsreform durchzuführen. Teuerung, die durch Zerspaltung der Arbeit entsteht, kann und muß beseitigt werden. Aber nicht nur im staatlichen Arbeitsvorgang, sondern auch im privaten wirtschaftlichen. Und daran muß immer wieder von der staatlichen Seite aus erinnert werden. Wenn in einer Stadt von 30 000 Einwohnern 60 Kohleneinzelhändler vorhanden sind, statt vor dem Kriege vier, dann kann die Unwirtschaftlichkeit wohl nicht mehr gesteigert werden als es hier auf einem Einzelgebiet der Arbeit geschehen ist. Und diese Zustände sind keine Ausnahme. In einer deutschen Großstadt kamen nach statistischen Ermittlungen ganze

14 Haushaltungen auf eine privatwirtschaftliche Warenverteilungskette. Für den Lebensmittelhandel waren es 24 Haushaltungen. Die Warenverteilungskette ist ganz bedeutend kostspieliger, als sie zu sein braucht, wenn auch nur einigermaßen rationell gearbeitet würde, was natürlich bei so ungeheurer Zerstückelung nicht möglich ist. In der wirtschaftlichen Zerstückelung liegen noch weit größere Teuerungsurachen als in der politischen Zerstückelung. Durch Vereinfachung des Zusammengehörigen können hier wie dort bedeutende Kostenersparnisse erzielt werden. Kostenentungen führen zu Preisentungen, und diese zu neuen Arbeitsmöglichkeiten durch Mehrverbrauch oder Senkung der Lebenshaltung der Massen.

Heinz Dietrich sagt in seiner Schrift, daß die deutsche Ausfuhr um 40 Proz. gesteigert werden müßte, wenn die Reparationszahlungen aus der deutschen Ausfuhr geleistet werden sollen. Das ist natürlich vollständig ausgeschlossen; denn wo viel ausgeführt werden soll oder muß, muß auch viel eingeführt werden, und nicht nur Rohstoffe, sondern auch Verbrauchsware. Außerdem kommt hinzu, daß die gegenwärtige deutsche Ausfuhr zum großen Teil auf Kosten der Inlandsverbraucher erfolgt, die einen Teil des Ausfuhrpreises auf den Inlandspreis übernehmen müssen, was den Inlandsverbrauch herunterdrückt.

Sehr erfreulich ist es, daß der Verfasser der Schrift den Mut findet, den deutschen Industriellen die große Unwirtschaftlichkeit vorzuhalten, die in der konzernierten Wirtschaft besteht. Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hätte nicht so sehr den Oberbürgermeistern wie arme Schächer ihre Verwaltungsläden vorhalten brauchen als den Industriellen mit ihren aufgeblähten Konzernverwaltungen. Er erinnert daran, daß es in Deutschland so etwas wie eine „Sonditrantheit“ gäbe. „Wo waren“, so fragt der Verfasser, „bisher die Wirtschaftsführer, die in der Vereinfachung und Verebilligung ihrer Verwaltungen und der gesamten Lebensführung mit gutem Beispiel vorangingen?“ Und weiter: „Wo waren die führenden Männer der Wirtschaft, die in der Regierung persönliche Verantwortung übernehmen wollten?“

Der Verfasser ist bemüht, auch andern Teilen des Volkes als der eignen Klasse, gerecht zu werden. Er gesteht es gern ein, daß der Warenabsatz durch die Aufwärtsentwicklung der Löhne und Gehälter verbessert werden muß. Er glaube nicht, daß das deutsche Realeinkommen wesentlich höher sei als vor dem Krieg, obgleich die Löhne beträchtlich gestiegen seien. Daß die höheren Löhne die Industrie nicht sonderlich belasten, zeigt er an der großen Leistungssteigerung der Arbeiter in den modernisierten Betrieben. Diese betrage je Kopf und Schicht im Ruhrbergbau 321 kg, sie sei von 1913 bis 1929 von 943 kg auf 1284 kg gestiegen. Die Gesamtzeugung der Berliner Metallindustrie belaufe sich auf jährlich etwa 1200 Millionen Mark, wovon nur 300 Millionen Mark auf Löhne entfielen, also 25 Proz. Die Lohnhöhe sei für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ausfuhrwaren nicht mehr ausschlaggebend. Es müsse fast eine Zurechtweisung der öffentlichen Meinung genannt werden, wenn von industrieller Seite immer wieder behauptet würde, die Arbeitslosigkeit könne nur durch Lohnsenkungen überwunden werden. Der Verfasser sagt sodann, er habe wahres Verständnis für die Aufgaben der Sozialpolitik, man dürfe aber nicht die Augen davor verschließen, daß zwischen dem Willen der politischen Parteien und dem Können der deutschen Wirtschaft oft ein Widerspruch bestehe.

Der Spiegel, den Dietrich seinen Standesgenossen vorhält, zeigt vieles Fählliche und Verkehrte. Das Fählliche vom Fähllichen ist wohl das trübste Bild von der gewissenlosen Kapitalverflechtung. Deutschland hungere nach Kapital, besonders die mittlere und kleine Industrie. Aber deutsche Kapitalisten hätten schätzungsweise 8 bis 10 Milliarden Mark über die deutschen Grenzen verschoben. Diese selben Kapitalisten aber würden nicht müde, immer wieder das Klagegeld von dem Mangel an Kapital anzukommen. Die Höhe des Zinsfußes sei von den Großkapitalisten mitverschuldet, was sie aber durchaus nicht abstellte, die Geldteuerung als für Deutschland vernichtend zu beklagen. Oft laue deutsches Fluchkapital fremde Industrien auf, die den deutschen Auslandsbewerber erschweren und die Arbeitslosigkeit steigerten. Dietrich sagt: „Und dieser Kapitalismus fordert nicht nur den Schuß der deutschen Gelehrte für sich, sondern auch allerhand Schonung, namentlich in steuerlicher Hinsicht, sonst — wandert er einfach aus.“

Hart klagt sodann der Verfasser das deutsche Bankkapital an: Es hätte die Führung in der deutschen Wirtschaft an

sich gerissen und zeige eine wenig weitblickende Haltung. Den Banken sei es gleichgültig, ob durch ihre rein gewinnstreberische Haltung die Arbeitslosigkeit größer werde, ob Arbeiter, Angestellte und Beamte entlassen werden müßten und die öffentlichen Körperchaften in Schwierigkeiten gerieten.

Auch die Fehler der Handelspolitik hätten die Arbeitslosigkeit in Deutschland verschlimmert. Dafür sei aber nicht die Regierung verantwortlich zu machen, sondern die Industrie und Großlandwirtschaft; Schwerindustrie, weiterverarbeitende Industrie und Großlandwirtschaft ständen beständig miteinander im Kampf. Die stark kartellierte Schwerindustrie habe es verstanden, die Preise ihrer Waren übermäßig hoch zu halten und die Einfuhr fremder Rohstoffe und Halbfabrikate fast ganz zu unterbinden. Die verarbeitende Industrie erzeuge infolgedessen sehr teuer. Der Verfasser führt ein Beispiel aus der eisenhaltigen Industrie an. Den Vorkriegspreis gleich 100 gesetzt, ergeben sich von 1924 bis 1930 folgende Preisänderungen: In Frankreich sank der Preis von 78 auf 72, in England von 113 auf 94, in den Vereinigten Staaten von 139 auf 112. Der Weltmarktpreis stellte sich von 114 auf 101 um. Lediglich in Deutschland stieg der Preis, und zwar ganz gewaltig, nämlich von 119 auf 138. Die Reallohne sind in England wesentlich höher als in Deutschland, und Lohnvergleiche mit Amerika sind vollständig unmöglich; trotzdem sind auch in den Vereinigten Staaten die Preise sehr stark gesunken. Aber in Deutschland steigen sie bei jedem Wirtschaftswetter.

Dietrich hält sodann den Einfluß der Großlandwirtschaft auf die Regierung für sehr schädlich. Wenn er weiter anhalte, führe er zu Katastrophen. Die hohen Getreidepreise seien den Bauern nachteilig. Schon vor dem Krieg sei diese Politik falsch gewesen. Es heißt in dem Buch: „Wenn die Politik des Schutzes der Großlandwirtschaft jemals richtig gewesen wäre, dann hätte sie doch die deutsche Landwirtschaft endlich einmal gesund machen müssen.“ Die Schutzpolitik hat der Landwirtschaft nichts genützt und auch der Erlaß der privaten Schulden aus der Vorkriegszeit nicht. Der Großgrundbesitz war vor dem Krieg zu 65 Proz. seines Wertes verschuldet, und jetzt wächst er mit Riesenschritten in eine neue, diesmal sehr hochprozentige Verschuldung hinein. Hätte man die Großlandwirtschaft nicht mit allerhand Gewaltmitteln am Leben zu erhalten versucht, dann wäre die Befriedung Ostdeutschlands viel leichter gewesen als sie jetzt ist. Die Zurückleitung der in den Städten nicht mehr zu beschaffenden Menschen auf das Land hätte der Arbeitslosigkeit stark entgegengewirkt. Und der Bodenertrag wäre durch gründlichere Bearbeitung des Bodens bedeutend zu steigern gewesen. Das führt besonders überzeugend der Großlandwirt Rudolf von Koschützki in seinem Buch „Die Quelle der Kraft“ aus. Deutschland muß die landwirtschaftlichen Edelzeugnisse, Fleisch, Butter, Milch, Käse, Eier, Geflügel, Obst und Gemüse, möglichst selbst erzeugen. Dazu sind natürlich verfeinerte Betriebe nötig, die die Weisheit vorwiegen selbst bearbeiten. Die großbetriebliche Kornzeugung ist für Deutschland unrationell. Korn ist äußerst billig im Ausland zu kaufen; landwirtschaftliche Edelzeugnisse dagegen sind durchweg auch auf dem Weltmarkt nicht billig. Steht dem Klein- und Mittelbetrieb billiges Korn zur Verfügung, dann werden auch die landwirtschaftlichen Edelzeugnisse billiger gewonnen, und es sinken nicht nur die Brotpreise, sondern auch die Butter-, Milch-, Eier-, Fleischpreise usw. Industriewaren werden im Übermaß, landwirtschaftliche Edelwaren dagegen zu wenig in Deutschland erzeugt. Dabei werden die Erzeugungsmöglichkeiten der Industrie längst noch nicht ganz ausgenutzt. In der Industrie herrscht ein gewaltiger Leerlauf und in der Landwirtschaft wird erst wenig rationell gewirtschaftet; es muß hier vor allem darauf hingearbeitet werden, hochwertige Normwaren herzustellen und auf dem Genossenschaftsweg vorteilhaft abzusetzen. Die Händler sichern sich verhältnismäßig hohe Verdienste an den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, und der Landwirt selbst bekommt sehr oft weniger als zur Deckung der Selbstkosten nötig ist. Sowohl die Landwirte als auch die Verbraucher müßten ihre wirtschaftlichen Selbsthilfeorganisationen ausbauen. Das gesamte, im Kern längst sehr ungesunde Warenverteilungswesen könnte durch das Mittel organisierter Selbstvertretung wahrscheinlich wieder technisch und moralisch vollwertiger werden.

Die technische Leistungsfähigkeit der Industrie wächst weiter; die Technik wird auch in Zukunft schneller laufen als der Verbrauch. Es besteht kaum die Möglichkeit, die

